

Profil ***GRÜN***

Das Magazin der Bundestagsfraktion
Ausgabe 7/25

A photograph of two women walking towards the camera in a bright, modern building hallway with large windows and glass doors in the background. The woman on the left has long brown hair, wears glasses, a bright pink blazer over a dark top, and a dark blue skirt. The woman on the right has short grey hair, wears glasses, a light grey jacket over a dark top, and dark trousers. A large green banner with white text is superimposed over the lower half of the image.

***Blick
nach vorn***

7/25

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

11011 Berlin, TEL 030/227 56789

info@gruene-bundestag.de

V. i. S. d. P.: Sibylle Kraut-Eppich

Redaktion: Holger Böhling, Gisela Hüber

Gestaltung: Stefan Kaminski,
Jakina Wesselmann und Daniel Pfeifer

Titelmotiv: S. Ritter

Druck: Dierichs Druck+Media Kassel

Papier: 90 g Revive Pure; **Auflage:** 187.000

Erscheint auch als Anzeige im „Magazin der
Grünen“; **Redaktionsschluss:** 30. Mai 2025
profil:GRÜN erscheint mindestens zwei Mal
im Jahr.

Foto: St. Kaminski

Liebe Leser*innen,



mit Energie und klarem Kompass hat die neue grüne Bundestagsfraktion ihre Arbeit aufgenommen. 85 Abgeordnete aus dem ganzen Land setzen sich entschlossen für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger ein. Der Fraktionsvorstand steht, die Arbeitsgruppen sind einsatzbereit – wir sind startklar. In diesem Heft stellen wir die neuen Gesichter und den Vorstand der Fraktion vor und werfen einen Blick auf die vor uns liegenden Aufgaben. Als Oppositionsfraktion werden wir eine starke, verlässliche Stimme sein: deutlich in der

Kritik, aber immer bereit, Verantwortung zu übernehmen, wenn es dem Land dient.

Zweimal schon war die neue Regierung Merz auf unsere Unterstützung angewiesen. Beim Übergang vom alten zum neuen Bundestag kam es darauf an, mit den demokratischen Mehrheiten des alten Bundestages noch wichtige Investitionen in Klimaschutz, Infrastruktur und Sicherheit auf den Weg zu bringen. Und bei der Kanzlerwahl haben wir mit einem sofortigen zweiten Wahlgang ermöglicht, dass es schnell eine Regierungsbildung geben konnte.

Ihr Start war alles andere als überzeugend: holprig und geprägt von handwerklichen Fehlern, internen Reibereien und einem Koalitionsvertrag, der mehr Fragen aufwirft, als er Antworten gibt. Was vor der Wahl vollmundig versprochen wurde, erscheint nun vage. Kommissionen ersetzen Einigkeit, Arbeitskreise überdecken Konflikte. Diese Koalition aus Union und SPD scheut die großen Aufgaben. Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, Erhalt unserer Infrastruktur – all das bleibt Stückwerk. Die Zukunft hatte bei den Koalitionsverhandlungen offenbar keinen Platz am Tisch.

Umso mehr wird es auf uns ankommen. Wir werden die Regierung an ihren Versprechen messen – und aufdecken, wo sie planlos handelt. Und wir werden mit grünen Ideen und durchdachten Konzepten zeigen, wie andere Politik geht: verantwortungsvoll und zukunftsgerichtet.

Herzlich

Britta Haßelmann / Katharina Dröge
Fraktionsvorsitzende



Foto: Adobe firefly

IM FOKUS GRÜNE OPPOSITION

08 *Blick nach vorn*

Mit klarer Haltung und dem Anspruch, dieses Land zusammenzuhalten und zu erneuern, starten wir in die Oppositionsrolle. Die Herausforderungen sind groß – wir sind bereit! *Von Katharina Dröge und Britta Haßelmann*

THEMA DIE NEUE FRAKTION

14 *Der Vorstand*

Unser neuer Fraktionsvorstand ist eine gute Mischung aus erfahrenen Kräften und neuen Kolleg*innen. Mit diesem starken Team werden wir im Bundestag für ökologischen und sozialen Fortschritt streiten.

02

IMPRESSUM

06

QUE(E)RBEET

27

MASCHINENRAUM

28

GRÜN & GRÜNER

IM FOKUS GRÜNE OPPOSITION

12 *Transparent und resilient*

Der Deutsche Bundestag ist ein Ort lebendiger Demokratie: Er steht für Mitbestimmung und Aufklärung. Wir werden alles dafür tun, seine Stärke zu bewahren.

Von Irene Mihalic und Omid Nouripour



TERMINE

18. Parlamentarischer Regenbogenabend

Parlamentarischer Abend am 4.7.2025 in Berlin

FB-3-Koordination, TEL 030/227 58900

fachbereich3@gruene-bundestag.de

Weitere Informationen auf

gruene-bundestag.de/termine

sowie über unsere Newsletter.

THEMA DIE NEUE FRAKTION

18 *Frisches Grün*

Von Alaa bis Sylvia, von Berlin bis ins Saarland, von Grüner Jugend bis zum Minister: Die 14 Neuzugänge der grünen Bundestagsfraktion sind äußerst vielfältig. Wir stellen sie kurz vor.

REPORT AUS DEM OSTEN

24 *Herausforderung und Chance*

Was für Ostdeutschland gut ist, hilft der ganzen Republik. Hier wollen wir den Zusammenhalt unserer Gesellschaft schaffen – wirtschaftlich, politisch und kulturell.

Von Claudia Müller

PORTRÄT

22 *Folgt ihrem Kurs*

Ihr Herzensthema soziale Gerechtigkeit wurzelt in ihrer persönlichen Biografie. Simone Fischer ist Sprecherin für Pflegepolitik unserer Fraktion.

Ein Porträt von Gisela Hüber





Foto: Picture Alliance

Im Pride Month wird Querbeet zu Queerbeet

LSBTIQ-RECHTE

Mehr denn je: Auf zum CSD!

Die CSD-Saison hat begonnen. Und es gab deutschlandweit noch nie so viele Paraden und Straßenfeste wie in diesem Jahr! Das ist ein Grund zur Freude. Queere Menschen werden immer sichtbarer und finden einen gefestigten Platz in unserer Gesellschaft.

Doch während die Demonstrationen immer mehr in den Fokus der Öffentlichkeit rücken, werden sie zugleich zunehmend aus der rechtsextremen Szene mit Gewalt bedroht. Queerfeindlichkeit ist im Rechtsextremismus längst kein Randphänomen mehr, sondern fester Bestandteil seiner Strategie. Diese gewaltorientierte Fokussierung stellt eine neue Qualität der queerfeindlichen Bedrohung dar. Zudem berichten Medien, dass Sponsorengelder wegbrechen, was sie auf (Droh-)Briefe der US-amerikanischen Botschaft an Unternehmen mit Diversitätsprogrammen zurückführen.

Seit über 40 Jahren kämpfen wir Grüne im Bundestag für gesellschaftliche und rechtliche Anerkennung von LSBTIQ. Wir können stolz darauf sein, dass wir eine Menge erreicht haben. Viele Forderungen sind aber leider immer noch aktuell. Unter der neuen Regierung droht zudem die Rückabwicklung einiger Erfolge des queerpolitischen Aufbruchs in der letzten Legislaturperiode.

Dem stellen wir uns im Schulterschluss mit der Zivilgesellschaft entschieden entgegen. Deshalb ist es für uns auch 2025 selbstverständlich, zum CSD auf die Straße zu gehen und für Selbstbestimmung, Akzeptanz und gegen Hass und Diskriminierung zu demonstrieren.

Für eine bunte Note und passende politische Botschaften sorgt dabei u. a. unser CSD-Fächer. Zu bestellen auf unserer Website unter:

gruene-bundestag.de/publikationen





EIN JAHR SELBSTBESTIMMUNGSGESETZ

Schluss mit der Schikane

Vor gut einem Jahr, am 21. Juni 2024, wurde das Selbstbestimmungsgesetz im Bundesgesetzblatt verkündet. Im November 2024 ist es in Kraft getreten. Das ist ein Grund zu feiern! Denn das veraltete Transsexuellengesetz strotzte vor Schikanen gegenüber Menschen, die selbst und frei von Diskriminierung über ihr Geschlecht bestimmen möchten. Es hat viel Leid verursacht, die Betroffenen und auch den Staat viel gekostet.

Wir Grüne im Bundestag haben es deshalb durch das Selbstbestimmungsgesetz ersetzt und das unwürdige Verfahren mit Zwangsbegutachtungen endlich abgeschafft. Damit können Menschen ihren bei der Geburt falsch vorgenommenen Geschlechtseintrag und ihren Vornamen unbürokratisch durch Erklärung beim Standesamt ändern. Eine große Erleichterung im Alltag! Denn mit einem falschen Personalausweis mussten sie sich bei Behörden, vor dem Flugschalter oder beim Abschluss eines Handyvertrags jedes Mal neu erklären, immer mit der Gefahr, diskriminiert zu werden.

Zudem garantiert das Gesetz betroffenen Menschen endlich einen gesicherten Platz in unserer Rechtsordnung. Das wird zu mehr Akzeptanz führen. Die ist bitter nötig, denn trans- und intergeschlechtliche sowie nicht-binäre Menschen werden beschimpft, bedroht, bespuckt oder geschlagen – nur dafür, dass sie so leben möchten, wie sie sind.

Mit dem Selbstbestimmungsgesetz treffen wir eine Werteentscheidung: Das Versprechen unseres Grundgesetzes gilt für alle und die Würde aller Menschen ist unantastbar. Wir nehmen das Gesetz als Ansporn, weiter für Transrechte im Bundestag zu kämpfen.

gruene-bundestag.de/selbstbestimmung



Nachgefragt

bei **Nyke Slawik**

Was bedeutet es dir, Sprecherin für Queerpolitik zu sein?

Für mich ist es ein Privileg und Auftrag, die Anliegen der Community sichtbar zu machen und gemeinsam im engen Austausch mit den Verbänden entschieden gegen Diskriminierung einzutreten. Gerade aus der Opposition heraus müssen wir Erfolge nicht nur verteidigen, sondern weiter Druck für echte Gleichstellung machen.

Wie bewertest du den Koalitionsvertrag?

Queerpolitisch ist der Koalitionsvertrag ein Armutszeugnis: Themen wie der Aktionsplan „Queer leben“, der Schutz queerer Menschen im Grundgesetz oder die rechtliche Gleichstellung von Regenbogenfamilien werden vollständig ausgeklammert. Besonders kritisch sehe ich die geplante Überprüfung des Selbstbestimmungsgesetzes und die Verschärfung des Namensrechts – Ausdruck eines grundsätzlichen Misstrauens gegenüber trans*, inter* und nicht-binären Menschen. Das wäre nicht nur Stillstand, sondern Rückschritt.

Was wollen die Grünen in der Queerpolitik?

Rechte Hetze und queer- und insbesondere transfeindliche Stimmungsmache nehmen in Deutschland, Europa und den USA zu – ein zentrales Thema auch beim Regenbogenabend am 4. Juli im Bundestag. Wir Grüne fordern deshalb die Aufnahme queerer Menschen in Artikel 3 GG, aber auch die Reform des Abstammungsrechts sowie eine diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung für TIN*-Personen.

gruene-bundestag.de/queer

gruene-bundestag.de/regenbogenabend2025





Blick nach vorn

Von Katharina Dröge und Britta Haßelmann

Die Bundestagswahl hat zu einem Regierungswechsel geführt. Wir danken unseren Minister*innen Robert Habeck und Annalena Baerbock, Steffi Lemke und Cem Özdemir, Lisa Paus und Claudia Roth für ihre großartige Arbeit in den vergangenen Jahren. Ihr Einsatz für Klimaschutz, Frieden und soziale Gerechtigkeit hat unser Land vorangebracht. Wir Grüne sind jetzt in der Opposition. Natürlich hätten wir gerne weiter Regierungsverantwortung übernommen, aber auch aus der Opposition heraus können wir viel bewegen.

Das haben wir bei der Reform der Schuldenbremse und dem Sondervermögen gezeigt. Für ein modernes Land sind mehr Investitionen dringend nötig. Die neue Regierung hat angekündigt, noch in diesem Jahr eine Reform der Schuldenbremse vorzulegen. Jetzt braucht es Verlässlichkeit – für die Länder, die Kommunen und die Wirtschaft.

Doch die Regierung unter Friedrich Merz ist überraschend unvorbereitet gestartet. Wichtige Vorhaben wie die kommunale Wärmeplanung, das Deutschlandticket oder Investitionen in Bildung hängen fest. Statt echter Lösungen setzt das Kabinett auf symbolische Kulturkämpfe über Gender-Sprache, Leitkultur und Abschieberekorde. Bei zentralen Zukunftsfragen bleibt es erschreckend still. Während viele auf Entlastung und Investitionen hoffen, fehlt der neuen Regierung eine überzeugende Vision für ein gerechtes und klimafreundliches Land.

Klimaschutz als Standortfaktor – nicht als Streitfall

Durch die grüne Regierungsarbeit hat unser Land Fortschritte beim Klimaschutz gemacht, die Erneuerbaren wachsen so stark wie nie. Doch nun droht Rückschritt: Kohlekraftwerke sollen länger laufen, fossile Gaskraftwerke werden in großem Umfang geplant. Das Deutschlandticket soll teurer werden.

Dabei hätte diese Regierung jetzt eine echte Chance. Wir Grüne haben durchgesetzt, dass der Klima- und Transformationsfonds um 100 Milliarden Euro aufgestockt wurde. Das ist eine große Chance für den Klimaschutz. Doch noch fehlt die klare Strategie, wo und wie dieses Geld Wirkung entfalten soll. Wichtig sind jetzt Investitionen in Wärmenetze, Gebäudesanierung und Industrie-Dekarbonisierung.

Wir brauchen ein Land, das funktioniert

Deutschland braucht dringend mehr Investitionen. In Schulen, damit es nicht hereinregnet. In die Deutsche Bahn, damit sie verlässlicher wird. In eine digitale Verwaltung, damit sie funktioniert. All das kann mit dem Sondervermögen von 500 Milliarden Euro erreicht werden. Es ist eine historische Chance – aber bislang hält sich die Regierung mit konkreten Ansagen bedeckt. Friedrich Merz hat versprochen, das Land zu modernisieren. Wir werden darauf dringen, dass er Wort hält. Denn für uns ist klar: Dieses Geld darf nicht für das Stopfen von Haushaltslöchern oder schwarzrote Lieblingsprojekte verwendet werden. Es muss bei den Menschen ankommen.

Sozialer Zusammenhalt braucht Gerechtigkeit

Für viele Menschen wird das Leben in Deutschland immer teurer und für manche schier unbezahlbar: Sie spüren es beim Einkaufen, bei der Miete, bei der Krankenversicherung. Sie sorgen sich um ihre Rente, um die Zukunft ihrer Kinder. Die Antworten der neuen Regierung auf diese Alltagssorgen? Fehlansage. Ein höherer Mindestlohn wird angekündigt, aber nicht verbindlich zugesagt. Mieterhöhungen laufen weiter, die angekündigte Mietpreisbremse ist zu wenig. Eine Lösung für steigende Sozialversicherungsbeiträge? Wird in eine Kommission verschoben.

Wir Grüne stehen für eine Politik, die *jetzt* handelt und nicht Probleme vertagt. Die Menschen brauchen Entlastung jetzt: faire Löhne, bezahlbare Mieten, niedrigere Strompreise, gerechte Steuern und eine Stärkung des Sozialstaats. Dafür kämpfen wir weiter im Parlament, jeden Tag.

Ein solidarisches Europa statt nationaler Abschottung

In dieser Zeit voller Krisen und Herausforderungen ist der Zusammenhalt Europas wichtiger denn je. Doch die neue Regierung gefährdet gerade dies. Der erste außenpolitische Schritt des neuen Kanzlers? Verschärfte Kontrollen an der Grenze zu Polen, angekündigt am Tag seines Antrittsbesuchs in Warschau. Ein europäischer Affront und eine Abkehr von gemeinsamer Asylpolitik.

Wir sagen klar: Zurückweisungen an der Grenze brechen mit Europarecht, kündigen die europäische Zusammenarbeit auf und sind in der Sache falsch.

Die Antwort ist stattdessen eine starke gemeinsame europäische Asylpolitik, faire Migrationsabkommen, die Bekämpfung von Fluchtursachen und mehr Unterstützung für Kommunen. Eine Abschottungspolitik, wie Alexander Dobrindt sie in Szene setzt, ist zum Scheitern verurteilt – reiner Populismus auf Kosten der Steuerzahler*innen.

Auch in der Wirtschaftspolitik wird Europa düpiert, werden gemeinsame Errungenschaften infrage gestellt: Wer das Lieferkettengesetz abschaffen will, verabschiedet sich von fairen Standards. Die verschärften Grenzkontrollen schaden der Wirtschaft, dem Binnenmarkt und dem Alltag der Menschen in den Grenzregionen. Sie verstoßen gegen geltendes Recht im Umgang mit Schutzsuchenden. Und wer die Rechte von Beschäftigten oder den Schutz von Menschenrechten als bürokratische Last abtut, setzt falsche Signale – nach innen wie nach außen.

Klare Haltung und entschlossene Unterstützung für die Ukraine

Friedrich Merz spricht harte Worte gegen Putin, aber sie bleiben folgenlos – echte Sanktionen oder entschlossene Unterstützung für die Ukraine fehlen. Europa muss jetzt zusammenstehen und darf keinen Deal akzeptieren, der einer Kapitulation gleichkommt. Noch als Oppositionsführer hat Merz Taurus-Raketen gefordert, doch als Kanzler duckt er sich weg. Gerade jetzt braucht es Klarheit, Verlässlichkeit und den Mut, für Freiheit und Demokratie einzustehen. Nur mit einer konsequenten Außenpolitik und einer starken europäischen Einheit können wir den Frieden langfristig sichern und Aggressionen wirksam begegnen.

Demokratie leben – jeden Tag

Die größte Oppositionspartei im Bundestag ist vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft worden. Die AfD ist keine normale Partei, sie ist eine Gefahr für unsere Demokratie. Deshalb ist für uns klar: Es darf keine Zusammenarbeit mit ihr geben. Wir setzen uns gemeinsam mit allen demokratischen Kräften dafür ein, ein Verbotsverfahren auf den Weg zu bringen.

Doch ein Verbot ersetzt nicht die politische Auseinandersetzung. Wir müssen Menschen überzeugen, sich wieder für die Demokratie zu entscheiden.

Gemeinsam handeln

Wir Grüne bleiben die Stimme für Klimaschutz, Gerechtigkeit und für eine vielfältige Gesellschaft. Wir sind die einzige Fraktion im Bundestag, die außenpolitisch klar ist im Umgang mit Autokrat*innen und Diktator*innen. Wir setzen auf eine Politik, die Mut macht und handelt. Die Lösungen will, statt Probleme in die Zukunft zu verschieben.

Unsere Rolle ist die der Gestaltung. Mit einer klaren Haltung, mit einem starken Team, mit dem Anspruch, dieses Land zusammenzuhalten und zu erneuern. Gemeinsam mit euch, mit unserer Partei, mit der Zivilgesellschaft. Und wir arbeiten daran, dass dieses Land in vier Jahren wieder eine grüne Regierung bekommt. Denn wir wissen: Klimaschutz, Freiheit und Gerechtigkeit brauchen eine starke politische Kraft, die Verantwortung übernimmt. Wir kämpfen weiter – entschlossen, solidarisch und mit klarem Kompass. Für eine bessere Zukunft, die wir gemeinsam gestalten.

DER 21. DEUTSCHE BUNDESTAG – *transparent und resilient*

Von Irene Mihalic und Omid Nouripour

Unsere Demokratie steht vor verschiedenen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen. In diesen Zeiten zeigt der Bundestag als Institution eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit, die das Fundament unserer Demokratie sichert. Wir werden alles dafür tun, seine Stärke zu bewahren.

Der Deutsche Bundestag ist nicht nur das wichtigste Organ der Gesetzgebung in Deutschland, sondern auch ein Symbol lebendiger Demokratie. Er steht für ein politisches System der Mitbestimmung und Transparenz. Wir erleben heute, dass demokratische Werte zunehmend infrage gestellt werden. Gerade dann ist auch die Funktion des Deutschen Bundestages als Ort der Aufklärung und Diskussion von zentraler Bedeutung. Politische Entscheidungen sind oft komplex. Wenn sie hinterfragt werden können, wenn sie diskutiert und erklärt werden, stärkt das ihre Akzeptanz.

Raum demokratischer Auseinandersetzung stärken

Wir Grüne im Bundestag pflegen seit jeher die lebendige parlamentarische Debatte. Als stärkste demokratische Oppositionskraft stehen wir für eine beständige, aktive Kontrolle der Regierungsarbeit im Parlament. Um die Regierung zur Stellungnahme aufzufordern, nutzen wir alle parlamentarischen Instrumente und machen von unserem Fragerecht Gebrauch. Der Bundestagspräsidentin und ihren Vizepräsidentinnen und -präsidenten kommt dabei eine verantwortungsvolle Rolle zu: In der Sitzungsleitung erteilen sie nicht nur den Redner*innen das Wort, sondern sorgen auch für die Einhaltung der parlamentarischen Ordnung. Sie wachen darüber, dass die Themen der Bevölkerung im Parlament lebendig diskutiert werden. Die Debatte kann Missstände öffentlich und transparent machen, zugleich aber auch Wege und Lösungen eröff-

nen. Wir wollen diesen Raum der kritischen Auseinandersetzung und des Wettbewerbs um die besten Konzepte stärken. Ein starkes Parlament ist und bleibt die Herzkammer der Demokratie. Wir werden uns in dieser Legislaturperiode aber auch dafür einsetzen, den Spielraum für Agitation zu beschränken. Dazu wollen wir beispielsweise die Geschäftsordnung des Bundestages klarer fassen, um rassistische, antisemitische und sexistische Äußerungen zukünftig mit Ordnungsmaßnahmen sanktionieren zu können.

Der Deutsche Bundestag ist in erster Linie ein Arbeitsparlament. Die inhaltlichen Diskussionen und die Arbeit an Gesetzentwürfen und Anträgen finden in den 24 Fachausschüssen des Bundestages statt. Wir werden uns wie schon in der letzten Wahlperiode dafür einsetzen, diese Arbeit sichtbarer zu machen. Ausschüsse, in denen es nicht um sensible Sicherheitsinformationen geht, sollen auch öffentlich tagen können. Politische Fachdebatten und Verhandlungen werden damit für alle interessierten Bürger*innen zugänglich. So kann der Bundestag als Institution dazu beitragen, durch mehr Transparenz auch das Vertrauen in politische Prozesse zu stärken.

Mehr Bürgerbeteiligung

Doch uns Grünen geht es auch ganz konkret um erweiterte Möglichkeiten der Beteiligung. Bürgerräte sind ein erprobtes Mittel, um die Bürger*innen direkt in parlamentarische Beratungen mit einzubeziehen. Erstmals hat ein Bürgerrat, den wir in der letzten Legislaturperiode mit initiiert haben, dem Parlament seine Empfehlungen zum Thema Ernährung übergeben. 160 nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Bürger*innen aus dem Querschnitt der Gesellschaft konnten ihre Erwartungen und Wünsche formulieren. Dieses Erfolgsmodell muss in der aktuellen Legislaturperiode weitergeführt werden. Gleichzeitig gilt es, darauf zu achten, dass die Forderungen der Bürgergutachten im Plenum die gebührende Beachtung finden.



Foto : Langrock / Zenit / laif

Jährlich strömen 2,5 Millionen Menschen aus aller Welt in den Deutschen Bundestag, darunter viele junge Leute und Schulklassen. Auf den Besuchertribünen sind sie live dabei, wenn im Parlament diskutiert wird, Abgeordnete lernen sie im direkten Gespräch kennen. Für uns ist entscheidend, gerade junge Menschen frühzeitig für Politik zu begeistern und sie in die Gestaltung ihrer Zukunft mit einzubeziehen. Ein wichtiger erster Schritt war die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Europawahlen, im zweiten Schritt wollen wir jungen Menschen auch die Tür zu den Wahlen auf Bundesebene früher öffnen.

Feinde in die Schranken weisen

Nicht nur bei uns, sondern europa- und weltweit stehen Demokratien zunehmend unter Druck. Autokratische Kräfte greifen demokratische Strukturen und Menschen an, die sie vertreten und unterstützen. Rechtsextreme Kräfte gewinnen an Zustimmung. Umso wichtiger ist es, für unsere Demokratie zu werben und sie gegen Feind*innen von innen und außen zu verteidigen. Im Parlament stehen wir als größte demokratische Oppositionsfraktion vor der schwierigen Aufgabe, einen Umgang mit einer demokratisch gewählten, aber gesichert rechtsextremen Partei zu finden. In unseren besonderen Funktionen als Vizepräsident des Deutschen Bundestages und als Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der bündnisgrünen Bundestagsfraktion gehört es zu unseren Aufgaben, mit allen zu reden, um Tagesordnungen und Abläufe abzustimmen und

unsere Rechte als Oppositionsfraktion zu sichern. Bei der AfD werden wir uns strikt auf die Besprechung von formellen Abläufen beschränken, eine Zusammenarbeit in der Sache schließen wir aus. Grüne Positionen stehen im diametralen Gegensatz zu Geist und Agenda der rechtsextremen Partei. Kein AfD-Antrag wird unsere Zustimmung erhalten, weder im Plenum noch in einem der 24 ständigen Ausschüsse. Wir suchen Mehrheiten von links bis rechts nur mit Fraktionen, die klar auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und für die der demokratische Diskurs konstitutiv ist.

Auch wenn extremistische Kräfte unser Parlament herausfordern, werden wir nicht zulassen, dass sie es zerstören. Wir kämpfen dafür, dass der Deutsche Bundestag sich nicht auf seine Aufgabe als Gesetzgeber beschränkt, sondern sich gerade jetzt als ein lebendiger Raum für Diskussion, Mitbestimmung und Transparenz behauptet und weiterentwickelt. Unser Parlament bleibt das starke Fundament, auf dem wir gemeinsam für eine offene, gerechte und lebendige Demokratie eintreten.

Irene Mihalic

Erste
Parlamentarische
Geschäftsführerin



Omid Nouripour

Bundestags-
vizepräsident



Für Klima und Fortschritt. Für Frauen und für euch.



„Wir freuen uns sehr, dass unser Fraktionsvorstand ein starkes Team geworden ist. Wir sind bereit, die wichtigen Entscheidungen, die im Parlament anstehen, zu treffen.“

Katharina Dröge und Britta Haßelmann

Der Vorstand

Wir haben Tempo gemacht und die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen nach der Bundestagswahl besonders schnell für die neue Wahlperiode aufgestellt. Bereits seit Ende April sind wir voll arbeitsfähig: Der Fraktionsvorstand ist bestimmt, die Funktionen und Aufgaben in den Arbeitsgruppen und Ausschüssen sind verteilt.

Und das ist auch nötig, denn die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind riesig. Als demokratische Opposition aus der Mitte des Parlaments werden wir diese Regierung fordern. Wir werden uns in den nächsten Jahren für einen starken Klimaschutz einsetzen, Frauenrechte nach vorne stellen und für eine progressive Sozialpolitik eintreten.

Wir sind stolz, mit einem Frauenanteil von 61 Prozent unter unseren 85 Abgeordneten für mehr Gleichberechtigung im Bundestag zu sorgen. Zehn Mitglieder unserer Fraktion sind unter 30 Jahre alt, mehr als jede*r Fünfte hat eine Migrationsgeschichte. Wir sind erneut jünger und vielfältiger als alle anderen Fraktionen im Deutschen Bundestag.

Auch die neun Frauen und drei Männer im Fraktionsvorstand sind eine gute Mischung aus erfahrenen Kräften und neuen Kolleg*innen. Die beiden Vorsitzen-

den, Katharina Dröge und Britta Haßelmann, und die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin Irene Miha-lic wurden bereits am 24. März 2025 in ihren Ämtern bestätigt.

Filiz Polat und Anja Reinalter sind weiterhin Parlamentarische Geschäftsführerinnen der Fraktion. Neu in diesen Kreis gewählt wurde Claudia Müller, die insbesondere für die Vernetzung der ostdeutschen Bundesländer im Fraktionsvorstand sorgen wird.

Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende, die zugleich für je einen der fünf Fachbereiche der Fraktion thematisch zuständig sind, wurden bestätigt: Andreas Audretsch (Fachbereich 1: Wirtschaft und Soziales), Julia Verlinden (Fachbereich 2: Ökologie), Konstantin von Notz (Fachbereich 3: Freiheit, Demokratie und vielfältige Gesellschaft) und Agnieszka Brugger (Fachbereich 4: Internationale Politik und Menschenrechte). Als neue Stellvertreterin an Bord ist Misbah Khan im Bereich „Gesellschaft und soziale Infrastruktur“ (Fachbereich 5). Mit Omid Nouripour stellt die Fraktion zugleich einen neuen Bundestagsvizepräsidenten.





Frisches Grün

Von Alaa bis Sylvia, von Berlin bis ins Saarland, von Grüner Jugend bis zum Minister: Unsere 14 Neuzugänge, darunter neun Frauen, sind äußerst vielfältig und werden unsere Fraktion bereichern. Hier stellen wir sie kurz vor.



Alaa Alhamwi

Geboren: 17. April 1984 in Damaskus, Syrien

Beruf: Energieforscher

WK: Oldenburg-Ammerland, Niedersachsen

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Seit er 2011 Syrien wegen des Bürgerkriegs mit einem Bachelor in der Tasche verließ, führte ihn seine wissenschaftliche Laufbahn über Ägypten nach Deutschland, wo er mit einem Stipendium promovierte. Die Energiewende voranzutreiben, ist das erklärte Ziel des Experten für erneuerbare Energien und grünen Wasserstoff. Als Landesvorsitzender in Niedersachsen und als Kommunalpolitiker in seinem Wohnort Oldenburg hat er sich bisher für Grün engagiert. In seiner Freizeit imkert er.



Tarek Al-Wazir

Geboren: 3. Januar 1971 in Offenbach am Main, verheiratet, zwei Kinder

Beruf: Diplom-Politologe, **WK:** Offenbach, Hessen

Vorsitzender im Verkehrsausschuss

Unter unseren „Neuen“ im Bundestag ist er der Elder Statesman. Seit seinem Eintritt bei den Grünen 1989 war er quasi alles, was man in der Politik werden kann – vom Sprecher der Grünen Jugend bis zum Wirtschaftsminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten in Hessen. Seinem Namen hat er damit alle Ehre gemacht: Al Wazir heißt auf Arabisch „der Minister“. Im Bundestag bringt er künftig seine geballte Erfahrung nicht nur in die Verkehrspolitik ein.



Ayşe Asar

Geboren: 19. Dezember 1975 in Bad Schwalbach, verheiratet, zwei Kinder, **Beruf:** Rechtsanwältin

WK: Rheingau-Taunus – Limburg, Hessen

Sprecherin für Forschung, Technologie und Raumfahrt, Mitglied im Europaausschuss

Sie war Kanzlerin der Hochschule RheinMain und zuletzt Staatssekretärin für Wissenschaft und Kultur in Hessen. Mitglied des Landesvorstandes der hessischen Grünen und dessen vielfaltspolitische Sprecherin ist sie bis heute. Innovation in Bildung und Forschung und faire Chancen für alle sind ihre erklärten Ziele für ein gerechteres, modernes Deutschland. Den Menschen zuhören und nachhaltige Lösungen für die Probleme finden ist ihr Credo.



Victoria Broßart

Geboren: 24. September 1992 in Karlsruhe, verheiratet

Beruf: Ingenieurin

WK: Rosenheim, Bayern

Obfrau im Verkehrsausschuss

Die gebürtige Badenerin bringt ihre Leidenschaften politisch voll ein. Ihr bevorzugtes Verkehrsmittel ist das Fahrrad, in Kombination mit der Bahn. Beruflich entwickelte sie u. a. Eisenbahnfahrzeuge. Zur Entspannung bastelt sie gerne an ihrer Modelleisenbahn. Im Bundestag will sie nun den ÖPNV für eine klimafreundliche Mobilität voranbringen. Daneben ist Schwimmen die große Leidenschaft der ausgebildeten Rettungsschwimmerin.



Jeanne Dillschneider

Geboren: 27. Dezember 1995 in Saarlouis, verheiratet

Beruf: Rechtsanwältin

WK: Saarbrücken, Saarland

Obfrau im Ausschuss für Digitales und Staatsmodernisierung, Mitglied im Verteidigungsausschuss

Noch keine 30 Jahre alt, arbeitet sie bereits zwei Jahre lang als Rechtsanwältin mit dem Schwerpunkt „Datenschutz und Cybersicherheit“. Seit ihrem Eintritt in die Partei 2016 war sie Sprecherin der Grünen Jugend Saar, grüne Landesvorsitzende und ist außerdem kommunalpolitisch aktiv als Fraktionsvorsitzende im Stadtrat von Saarbrücken. Die Deutsch-Französin liebt das Savoir-vivre ihrer Heimat. Mit ihr ist das grüne Saarland back im Bundestag!



Timon Dzienus

Geboren: 25. Mai 1996 in Nordhorn (Grafschaft Bad Bentheim)

Beruf: Politologe, **WK:** Stadt Hannover I, Niedersachsen

Obmann im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

Ungerechtigkeit will er nicht hinnehmen und sich für die „kleinen Leute“ starkmachen. Als Sohn einer alleinerziehenden Mutter und Arbeiterkind wurde er bereits als Schüler politisch aktiv. Von 2021 bis 2023 war er gemeinsam mit Sarah Lee Heinrich Bundesvorsitzender der Grünen Jugend. Soziale Sicherheit und Klimaschutz sind seine Anliegen. Als Stürmer in einer Hobbyfußballmannschaft schätzt er Teamgeist – das gilt auch für die Politik.



Simone Fischer

Geboren: 24. Juni 1979 in Buchen (Odenwald)

Beruf: Verwaltungswirtin, Landesbehinderten-beauftragte, **WK:** Stuttgart I, Baden-Württemberg

Sprecherin für Pflegepolitik

Mehr über Simone? Lest das Porträt auf den Seiten 22/23.



Lena Gumnior

Geboren: 10. Dezember 1992 in Rheine, ledig

Beruf: Rechtsanwältin

WK: Osterholz – Verden, Niedersachsen

Obfrau im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Mit ganzem Herzen setzt sich die promovierte Strafrechtlerin für eine offene und gleichberechtigte Gesellschaft ein. Zuletzt als frauen- und genderpolitische Sprecherin im Landesvorstand der Grünen Niedersachsen, jetzt im Bundestag. Sie kämpft besonders für eine feministische und evidenzbasierte Rechtspolitik. Den langen Atem dafür trainiert sie beim Joggen. Nächstes Jahr will sie den zweiten Halbmarathon laufen.



Moritz Heuberger

Geboren: 11. Februar 1991 in Heidenheim an der Brenz

Beruf: Beamter, **WK:** Berlin-Tempelhof-Schöneberg

Mitglied im Finanzausschuss und im Ausschuss für Digitales und Staatsmodernisierung

Der ehemalige Bundessprecher der Grünen Jugend hat das erste grüne Direktmandat in Tempelhof-Schöneberg gewonnen. Er befasste sich bereits in seiner Doktorarbeit und zuletzt im Innenministerium mit der Digitalisierung der Verwaltung. Seine Vision von einem gerechten und modernen Land, das einfach funktioniert, treibt er nun im Bundestag weiter voran. Denn: Weniger Bürokratie bedeutet mehr Zeit für die wichtigen Dinge im Leben.



Julian Joswig

Geboren: 14. Oktober 1993 in Boppard

Beruf: Wirtschaftswissenschaftler

WK: Mosel/Rhein-Hunsrück, Rheinland-Pfalz

Obmann im Europaausschuss, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Ökonomie und Ökologie hat er bereits als Projektentwickler für Klimatechnologie-Start-ups zusammengedacht. Das tut er jetzt auch im Wirtschaftsausschuss des Bundestags. Als Obmann im Europaausschuss will der überzeugte Europäer zudem für ein faires Zusammenspiel zwischen EU, Bund und Regionen sorgen. So fair wie früher auf dem Fußballplatz, wo er 2012 Nachwuchsschiedsrichter des Jahres im Rheinland war.



Rebecca Lenhard

Geboren: 24. Mai 1995 in Forchheim, ledig

Beruf: IT-Beraterin, **WK:** Nürnberg-Nord, Bayern

Sprecherin für Digitalisierung und Staatsmodernisierung

Über Fridays for Future kam die Fränkin 2019 zu den Grünen. Drei Jahre später war sie bereits Kreisvorsitzende in Nürnberg. Gemeinsam mit Jeanne Dillschneider steht sie für die nächste Generation geballter Frauempower in der grünen Digitalpolitik. Sie tritt für Cybersicherheit, eine nachhaltige Digitalisierung und digitale Bürgerrechte ein – und für eine moderne, bürgerorientierte Verwaltung, z. B. mit der Deutschland-App.



Sylvia Rietenberg

Geboren: 20. Juli 1965 in Wanne-Eickel, verheiratet

Beruf: Sozialarbeiterin, **WK:** Münster, NRW

Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales und im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

Sie geht gern auf Menschen zu. Sozial- und Wohnungspolitik sind ihre Schwerpunkte. In Münster hat sie sich als Fraktionsvorsitzende der Grünen im Stadtrat und als Referentin des Paritätischen NRW für soziale Sicherheit und bezahlbaren Wohnraum starkgemacht – etwa bei der Entwicklung eines landesweiten Housing-First-Fonds. Daran will sie als direkt Gewählte im Bundestag anknüpfen.



Julia Schneider

Geboren: 5. März 1990 in Berlin, ledig, ein Kind

Beruf: Landesbeamtin a. D., **WK:** Berlin-Pankow

Obfrau im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Den Bundestag kennt die Ostberlinerin bereits: 2017/18 arbeitete sie dort für den ehemaligen grünen Haushälter Sven-Christian Kindler. Danach führte ihr Weg in die Berliner Landespolitik, wo sie seit 2021 im Abgeordnetenhaus saß. Die Verwaltungswissenschaftlerin hält ein Direktmandat. Sie will ganzheitliche Politik mit Weitsicht ins Parlament einbringen und dafür sorgen, dass die ökologischen Krisen unter Schwarz-Rot nicht zu Randthemen verkommen.



Sandra Stein

Geboren: 22. Oktober 1986 in Ulm, verheiratet, drei Kinder

Beruf: Unternehmerin, **WK:** Hochsauerlandkreis, NRW

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Sie ist amtierende Schützenkönigin von „Kukschishagen“, Wahlkreis-Herausforderin von Friedrich Merz – und junge Familienunternehmerin. Als solche setzt sie sich nun im Bundestag für den Mittelstand ein. Die Wirtschaft fit für die Zukunft machen, Verantwortungseigentum fördern, mehr Vereinbarkeit und mehr Vielfalt in Führungspositionen schaffen ... Die Herausforderungen sind groß. Ihr Tatendrang ist es auch.

Folgt ihrem Kurs

Die Chance, das eigene Leben zu gestalten, sollte kein Glücksfall sein.

Text: *Gisela Hüber*, Foto: *Stefan Kaminski*

Ihr Start im Bundestag ist zugleich Neustart für die grüne Bundestagsfraktion: Opposition statt Regierung. Wie erlebt Simone Fischer den Perspektivwechsel? „Unsere Position ist fordernd, klar und konstruktiv. Der starke Auftritt bei den Verhandlungen über das 500-Milliarden-Euro-Paket Infrastruktur war eine gute Grundlage“, sagt sie. „Aber natürlich ist es besser, mitzuregieren.“ Der Anspruch, zu gestalten, zieht sich auch durchs eigene Leben, Beruf und Politik sind darin eng verknüpft.

Nach dem Studium der öffentlichen Verwaltung ist sie 18 Jahre im Sozial- und Gesundheitsbereich tätig – schnell in Führungspositionen. „Bei der Stadt Stuttgart unter Oberbürgermeister Fritz Kuhn hatte ich eine herausgehobene Stelle, unabhängig und weisungsungebunden.“ Sie konnte Haushaltspakete für Inklusion und gesellschaftliche Vielfalt schnüren: von der Stadtplanung bis zu Online-Stadtführern, immer in enger Abstimmung mit dem Gemeinderat. „Das hat mir gezeigt, dass man etwas bewirken kann für die Bürgerinnen und Bürger.“ 2021 bestellt Winfried Kretschmann sie als Beauftragte der baden-württembergischen Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung. „Schon eine andere Flughöhe, aber nicht mehr so konkret.“ Sie fasst den Entschluss, es mit der Kommunalpolitik zu versuchen. 2023 tritt Simone Fischer den Grünen bei. Ihre Themen Gesundheit, Pflege und soziale Gerechtigkeit und ihre zugewandte Art als Stuttgarter Stadträtin kommen bei den Menschen gut an. Die Ernte fährt sie bei der Bundestagswahl 2025 ein. Ihr ist klar: Cem Özdemirs Direktmandat zu verteidigen, wird ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Und sie gewinnt!

Ihr Herzensthema soziale Gerechtigkeit wurzelt in ihrer persönlichen Biografie. Im Alter von vier Jahren erhält sie die Diagnose, dass sie kleinwüchsig ist.

Gegen die Empfehlung, sie auf eine Sonderschule für behinderte Kinder wegzuschicken, machen sich ihre Eltern und die Schulleitung dafür stark, dass sie weiter die reguläre Grundschule im Heimatort bei Buchen im Odenwald besuchen kann.

Es sind die 80er-Jahre, den Begriff „Inklusion“ gibt es noch nicht und auch keinen Rechtsanspruch. „Ich hatte Glück“, sagt sie, „aber die Chance, sein Leben zu gestalten, sollte kein Glücksfall sein.“ Dafür zu kämpfen, ist der Ursprung ihres Engagements. Mit starkem Willen und dem Rückhalt ihres Partners und ihrer Familie sowie der großen Unterstützung durch die Stuttgarter Grünen führte ihr Weg sie nun in den Bundestag.

Als frisch gewählte Sprecherin für Pflegepolitik ihrer Fraktion will sie der Pflege zu der politischen Priorität verhelfen, die sie verdient. „Wir schieben dieses Thema ja gerne von uns weg, dabei betrifft es uns alle. Ich empfehle den Film ‚Heldin‘ – ein sehr berührender Einblick in den Alltag einer Krankenschwester.“ Zwei Gesetzesvorhaben aus der Ampelregierung wird sie weiterverfolgen, um Pflegefachkräften mehr Entscheidungsspielräume und bessere Aufstiegsmöglichkeiten zu ermöglichen. Auch für eine zügige Reform der Pflegeversicherung sowie bessere Voraussetzungen für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige wird sie sich im Gesundheitsausschuss einsetzen. „Ich verspreche eine konstruktive, aber harte Oppositionspolitik“, kündigt sie an.

Damit ihr in dem kraftraubenden Job nicht die Puste ausgeht, hält sie sich mit Schwimmen und Radfahren fit. „Wenn ich morgens eine Stunde im Wasser war, kann mir eigentlich nichts mehr passieren“, sagt sie lachend. Wie gut, dass die Hauptstadt so viele Badesseen hat!



Ostdeutschland – **Herausforderung und Chance**

Von Claudia Müller

Was für den Osten gut ist, hilft der ganzen Republik. Es geht um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft – wirtschaftlich, politisch und kulturell.

Denk ich an Ostdeutschland in der Nacht, hat es mich schon um so manchen Schlaf gebracht. Rechte Übergriffe nehmen zu, junge Menschen in Springerstiefeln kehren wieder ins Straßenbild zurück. AfD-Blau dominiert die Landkarten der Wahlergebnisse, infolgedessen werden Regierungsbildungen ohne die braunen Blauen immer schwieriger. Alles zutreffend, doch Ostdeutschland ist eben viel mehr als das. Das meine ich nicht nur, weil ich selbst Ostdeutsche bin. Blicke ich mich um, so sehe ich Herausforderung und Chance zugleich.

Sprechen wir von den Herausforderungen: Wie in vielen Flächenländern fehlt im Osten die Großindustrie. Die Bevölkerung wächst nur in den wenigen Großstädten. Gleichzeitig sehen wir wie im Brennglas auch gesamtdeutsche Prozesse. Etwa 40 Prozent der Bevölkerung Deutschlands leben in strukturschwachen Regionen. Also brauchen wir Lösungsansätze, die in möglichst vielen strukturschwachen und von Abwanderung betroffenen Regionen anwendbar sind. Denn wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen in ganz Deutschland schaffen. Der Osten kann da Vorreiter sein.

Leider hat die neue Bundesregierung ihre Schwerpunkte anders gesetzt. Sie hätte ihre Zuständigkeiten besser bündeln müssen und das Aufgabenspektrum der Ostbeauftragten um Gleichwertigkeit und Chancengerechtigkeit erweitern sollen. Stattdessen wird im Kanzleramt eine Staatsministerin für Sport und Ehrenamt installiert, die Beauftragte für Ostdeutschland wird dagegen ins Finanzministerium abgeschoben.

Wirtschaft – da geht was!

Sprechen wir von den Chancen: Blickt man von außen auf Ostdeutschland, drängt sich das anfänglich geschilderte Zerrbild in den Vordergrund. Dabei ist dieses Ostdeutschland vielfältig und vielstimmig: mit unterschiedlichen Mentalitäten und kulturellen Identitäten und sehr verschiedenen Wirtschaftshistorien.



Produzierendes und verarbeitendes Gewerbe, Chemiestandorte und Bergbau entstanden eher im Süden. In Sachsen ist daraus mittlerweile eine blühende High-Tech-Industrie geworden. Im Norden gab es immer schon eine leistungsfähige Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft. Die Lausitz ganz im Osten war und ist eine Energieregion. Von der Kohleregion wandelt sie sich gerade zu einem Hotspot der Erneuerbaren. Auch weitere ostdeutsche Regionen sind zu Vorreitern beim Ausbau regenerativer Energiequellen geworden und können auf großes Know-how bei Unternehmen und Fachkräften zurückgreifen. Darauf lässt sich aufbauen. Momentan hat Ostdeutschland sogar ein höheres Wachstum als der Westen. Und da geht noch mehr.

Die Regierung Merz schlägt aber just den falschen Weg ein. Gerade mit der unwirtschaftlichen Laufzeitverlängerung von Kohlekraftwerken fährt sie einen gefährlichen Zickzackkurs – wirtschaftlich wie klimapolitisch. Der Rekordausbau der Erneuerbaren, den wir Bündnisgrüne angestoßen haben, wird ausgebremst.

In kluge Köpfe investieren!

Um Wirtschaftscluster passgenau zur lokalen Wirtschaftsstruktur zu entwickeln, braucht es eine starke Hoch- und Fachhochschullandschaft. Mit Blick auf die Fachkräfteausbildung wie auch für Aus- und Neugründungen ist sie von zentraler Bedeutung. Zusätzlichen Schub kann die Ansiedlung neuer Bundes- und Forschungseinrichtungen bringen.

Sollen gut ausgebildete Fachkräfte kommen und bleiben, dann müssen auch die Lebensbedingungen vor Ort stimmen. Und bei der Infrastruktur gibt es eben noch viel zu tun. Gute Mindeststandards für den öffentlichen Nahverkehr gehören dazu; die digitale Infrastruktur gilt es flächendeckend auszubauen. Es braucht eine bessere Gesundheitsversorgung, mehr Investitionen in Bildung und Kinderbetreuung. Nicht zuletzt sind Orte der Kultur und der Begegnung wichtig, sie gilt es zu schaffen und langfristig zu sichern. Hierbei spielen die Mittel- und die Kleinstädte und ihre finanzielle

Ausstattung eine Schlüsselrolle. Bietet die nächste Kleinstadt eine gute Grundversorgung an und ist sie auch mit dem öffentlichen Nahverkehr gut erreichbar, dann lässt es sich dort oder in den umliegenden Dörfern gut leben.

Zusammenhalt stärken, Demokratie schützen

Wir müssen den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Fokus unseres Handelns rücken und die ostdeutsche Erfahrung mit Transformationsprozessen besser nutzen. Diese Perspektive muss in Entscheidungsfindungen in Politik, Wirtschaft und den sozialen Bereichen einfließen. Mehr Ostdeutsche in Führungspositionen sind ein Schlüssel dafür. Diese Menschen können in ihrem sozialen Umfeld als Leuchttürme des Aufstiegs wirken und Signale der Anerkennung in die ostdeutsche Gesellschaft senden.

Oft haben Menschen hier das Gefühl, sich nicht einbringen zu können, nicht gehört zu werden. Sie fühlen sich machtlos. Das liegt auch daran, dass es immer weniger Orte des Zusammentreffens und des Austauschs gibt. Diese Lücke besetzen Rechtspopulist*innen, die dort den Vorschlaghammer gegen den Zusammenhalt ansetzen, indem sie Benachteiligungsgefühle aufgreifen und bestärken. Ein Etappenziel ist, auf diese Weise die Gesellschaft zu spalten und demokratische Entscheidungsprozesse verächtlich zu machen. In vielen strukturschwachen Regionen droht aktuell eine kulturelle und politische Hegemonie des sehr rechten Rands. Auch in Westdeutschland zeigen sich bereits ähnliche Entwicklungen.

Wichtig sind deshalb vor allem zwei Dinge: erstens die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements und damit eine gute Zusammenarbeit zwischen Akteur*innen vor Ort. Zweitens die lokale Teilhabe der Menschen an wichtigen Entscheidungsprozessen, sei es in Bürgerräten, in Initiativen oder Vereinen. Für beides ist die Sicherung entsprechender Orte und Debattenräume wichtig und natürlich ihre finanzielle Ausstattung.

Es ist unsere Aufgabe, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen, ihre Ideen aufzugreifen und Möglichkeiten der Beteiligung zu finden. Viele möchten sich in ihrer Region einbringen und sich engagieren. Diese aktive Zivilgesellschaft ist der Kern des sozialen Miteinanders und das Rückgrat unserer Demokratie.

Ein attraktiver Lebens- und Wirtschaftsraum kann sich nur in einer weltoffenen Atmosphäre entwickeln, die von den Menschen vor Ort mitgestaltet wird. Toleranz, Zusammenhalt, Akzeptanz und gelebtes Engagement sind die Schlüssel für gelingende Entwicklung. So kann das Versprechen unseres Grundgesetzes auf gleichwertige Lebensverhältnisse eingelöst werden – in Ost- und Westdeutschland.

Claudia Müller
Parlamentarische
Geschäftsführerin



Alle(s) im Blick

Von Tina Winkmann



Foto: Picture Alliance

In dieser Rubrik stellen wir Abgeordnete mit Funktionen vor, die abseits des Rampenlichts das Parlament am Laufen halten. Dieses Mal: die Schriftführer*innen.

Die Arbeit als Schriftführerin macht sehr viel Spaß – auch, weil sie einen tollen Einblick hinter die Kulissen des parlamentarischen Alltags und einen guten Kontakt zur Bundestagsverwaltung ermöglicht.

Wir Schriftführer*innen werden wie die Bundestagspräsidentin und ihre Stellvertreter*innen auf Vorschlag der Fraktionen von den Abgeordneten gewählt. Zu Beginn jeder Sitzungswoche verteilen wir die Aufgaben. Einige von uns haben Dienst im Sitzungsvorstand. Wir sitzen dann erhöht links und rechts neben den Präsident*innen hinter dem Rednerpult im Plenarsaal. Dort bekommen wir das Verhalten der Abgeordneten natürlich noch einmal ganz anders mit als unten im Plenum.

Das gilt auch für die Präsident*innen. Die lernt man am besten in einer langen Plenarnacht kennen. Wenn du um 23 Uhr an einem Donnerstag da aufgehst, eine lange Woche in den Knochen hast und noch zwei Stunden dort sitzen musst. Da freust du dich, wenn jemand versucht, ein bisschen Schwung reinzubringen. Auch das Parlament braucht Humor. Wir wollen die Demokratie ja auch feiern!

Wir Schriftführer*innen sind dort oben für die Rednerliste zuständig, kontrollieren die Namen, achten auf die richtige Aussprache und darauf, dass die Redezeiten eingehalten werden. Außerdem müssen wir den Bundestagspräsident*innen unsere Augen und Ohren leihen. Wir identifizieren Zwischenrufe und nehmen

Zwischenfragen der Abgeordneten aus dem Plenum auf. Bei Abstimmungen per Handzeichen beurteilen wir gemeinsam die Mehrheitsverhältnisse. Kommt es zum Hammelsprung, stehen Schriftführer*innen an den Türen, bei namentlichen Abstimmungen an den Urnen, um den regelkonformen Ablauf zu gewährleisten. Bei Abstimmungen mit Wahlausweis teilen wir die Stimmkarten aus und sorgen dafür, dass die Ausweise hinterher wieder bei uns abgegeben werden und die Stimmkarten in den Urnen landen. Danach treffen wir uns alle im Schriftführerzimmer zur Auszählung. So sind wir immer die Ersten, die das Ergebnis kennen.

Auch bei der Wahl von Friedrich Merz zum Bundeskanzler war es so. Bei der Auszählung nach dem ersten Wahlgang haben wir uns alle ungläubig angeschaut ... Schließlich war es das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, dass der Kanzler nicht auf Anhieb gewählt wurde. Damit hatte wirklich niemand gerechnet. Doch wir wären eine schlechte Demokratie, wenn wir darauf nicht vorbereitet gewesen wären. Die Maschinerie lief sofort an. Es hat mich unheimlich beruhigt zu sehen, wie gut unser Parlament in dieser Ausnahmesituation funktioniert hat. Am Ende dieser denkwürdigen Bundestagssitzung habe ich das Protokoll mitunterschieden. Man hinterlässt als Schriftführerin also auch Spuren in der deutschen Geschichte.

*Tina Winkmann ist Sprecherin für Sportpolitik und Ehrenamt und seit 2022 eine von sieben Schriftführer*innen der grünen Bundestagsfraktion. Neben ihr bekleiden in der 21. Wahlperiode noch Alaa Alhamwi, Ayşe Asar, Simone Fischer, Jan-Niclas Gesenhues, Linda Heitmann, Moritz Heuberger, Julian Joswig und Marlene Schönberger das Amt.*



Foto: F. Fender

PARLAMENTARISCHER ABEND

Mit Mut im Herzen

Viele Nachtschwärmer*innen zieht es beim Evangelischen Kirchentag traditionell zur Parlamentarischen Nacht der bündnisgrünen Bundestagsfraktion. So auch in diesem Jahr. Fast 350 Gäste aus Politik, Kirche und Gesellschaft konnte unsere Fraktionsvorsitzende Britta Haßelmann zusammen mit Lamya Kaddor und Katrin Göring-Eckardt in der ehemaligen königlichen Reithalle in Hannover begrüßen.

Haßelmann betonte in ihrer Ansprache, dass es mutige Debatten brauche, wenn die Demokratie wie derzeit massiv unter Druck stehe. Kirchen und Religionsgemeinschaften seien Teil des politischen Diskurses, der Kirchentag einer der Orte dafür. Im anschließenden Gespräch auf der Bühne mit Kirchentagspräsidentin Anja Siegesmund betonte Lamya Kaddor, dass wir wieder stärker das Verbindende suchen müssten, statt Trennendes zu betonen.

Viele Abgeordnete der Fraktion nutzten bis in die Nacht hinein die Gelegenheit für angeregte Gespräche zu aktuellen politischen Themen. Unter die Gäste mischten sich neben Siegesmund auch Hannovers Oberbürgermeister Belit Onay, Anna-Nicole Heinrich, Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die EKD-Ratsvorsitzende Kirsten Fehrs sowie Kristin Jahn, Generalsekretärin des Kirchentages.

gruene-bundestag.de/kirchentag25



FESTABEND

Merci, Cem und Renate

Am 20. Mai hat die grüne Bundestagsfraktion mit Renate Künast und Cem Özdemir zwei der prägenden grünen Politiker*innen der vergangenen Jahrzehnte aus dem Bundestag verabschiedet. Etwa 120 Weggefährter*innen kamen zum Festabend ins Foyer des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses, darunter ehemalige und aktive Mitarbeiter*innen, Abgeordnete aus dem Bundestag und Europaparlament, Journalist*innen sowie Vertreter*innen von NGOs und der Zivilgesellschaft.

Ein wirklicher Abschied war es jedoch nicht, sondern der Beginn von etwas Neuem, wie die Fraktionsvorsitzenden Katharina Dröge und Britta Haßelmann betonten. Schließlich verlässt Cem Özdemir den Bundestag, um Ministerpräsident von Baden-Württemberg zu werden. Und auch Renate Künast wird sich weiter einmischen und für Grund- und Menschenrechte streiten. Gewürdigt wurden ihre politischen Karrieren in Laudationen von dem ehemaligen Bundestagspräsidenten Prof. Dr. Norbert Lammert und der ehemaligen Richterin am Bundesverfassungsgericht Prof. Dr. Susanne Baer.

Alle Gäste waren sich einig: Özdemirs Gelassenheit und Humor, sein Redetalent und beharrlicher Einsatz für seine Überzeugungen werden der Fraktion genauso fehlen wie Künasts Energie und Leidenschaft, mit der sie stets für die Würde aller Menschen eintritt. Merci und danke schön, Cem und Renate!

gruene-bundestag.de/merci



WIR TRAUERN UM

STEPHANIE AEFFNER

(1976–2025)

Kurz vor der Bundestagswahl schockierte uns die Nachricht vom plötzlichen Tod Stephanie Aeffners. Mit ihr haben wir eine über alle Fraktionen hochgeschätzte Abgeordnete, die mit Leidenschaft und Überzeugung, Klugheit und Expertise für ihre und unsere Anliegen gekämpft hat, verloren.

Stephanie Aeffner stellte die Rechte und Chancen eines jeden Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns. Sie hat sich ihr ganzes politisches Leben lang für den sozialen Zusammenhalt, für mehr Gerechtigkeit und die Teilhabe aller Menschen eingesetzt. Nach ihrer Zeit als Landesbehindertenbeauftragte in Baden-Württemberg war sie 2021 in den Bundestag eingezogen. Sie setzte sich mit all ihrer Kraft für das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben, eine inklusive Welt und den Abbau von Barrieren ein. Damit war sie vielen ein ermutigendes Vorbild. Sie bleibt uns unvergessen.



Foto: St. Kaminski

GERD POPPE

(1941–2025)

Gerd „Popoff“ Poppe war ein Vordenker der friedlichen Revolution und hat wesentlich zum Sturz des SED-Regimes beigetragen. Als Mitgründer der „Initiative Frieden und Menschenrechte“, die später im Bündnis 90 aufging, kämpfte er für Freiheit und Bürgerrechte am Zentralen Runden Tisch. Im Frühjahr 1990 wurde er Minister ohne Geschäftsbereich in der Regierung Modrow und später

Abgeordneter des Bündnis 90 in der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR. Von 1990 bis 1998 war er Mitglied des Deutschen Bundestages und außenpolitischer Sprecher der Gruppe, später der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er prägte in dieser Zeit maßgeblich unsere Vorstellungen einer menschenrechtsbasierten Außenpolitik und konnte diese als erster Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung von 1998 bis 2003 mitgestalten. Von 1998 bis 2021 war er im Vorstand der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Zeit seines Lebens kämpfte er gegen die Diktaturen dieser Welt und für die Demokratie. Gerd Poppes Leben und Wirken sind uns Vorbild und Vermächtnis, wir verdanken ihm viel.

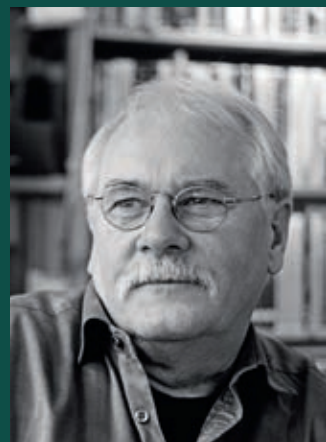


Foto: Robert-Havemann-Gesellschaft / Dirk Vogel

profil:GRÜN 1995–2025



The times they are a-changin'

30 Jahre lang erschien unsere Fraktionszeitschrift bis zu vier Mal pro Jahr und informierte euch frei Haus darüber, was in der grünen Bundestagsfraktion politisch und personell los ist. Jahr um Jahr stieg die Auflage, bis auf zuletzt knapp 180.000 Stück. Schwer zu glauben, dass dies nun die letzte

*Ausgabe sein soll. Ihr findet uns künftig auf den digitalen Kanälen der Fraktion. Großer Dank an alle Kolleg*innen der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, die das Magazin erarbeitet und immer wieder frisch und neu haben aussehen lassen. Dank auch ans Archiv Grünes Gedächtnis und vor allem an euch, liebe Leser*innen.*



PUBLIKATIONEN

Leporellos

21 | 02 Grüne Jugendpolitik (aktualisierte Neuauflage)

20 | 45 Rein in die Kreislaufwirtschaft

Sonstiges

21 | 03 CSD-Fächer 2025 (aktualisierte Neuauflage)

Zeitschrift

20 | 44 Mut macht Zukunft (profil:GRÜN September 2024)

Mehr unter:

gruene-bundestag.de/publikationen

Bestellungen an:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, Versand,

11011 Berlin, oder: versand@gruene-bundestag.de

profil:GRÜN ist die Zeitschrift der Bundestagsfraktion.

Sie erscheint mindestens zwei Mal im Jahr und kann unter oben stehender Adresse bestellt werden.

ONLINE

Tagesaktuell, Fraktionsbeschlüsse, Initiativen, Bundestagsreden, Videos und Newsletter auf:

gruene-bundestag.de

SOCIAL MEDIA

twitter.com/GrueneBundestag

instagram.com/gruenebundestag

facebook.com/Gruene.im.Bundestag

threads.net/@gruenebundestag

tiktok.com/@gruenebundestag

youtube.com/c/gruenebundestag

gruene.social/@GrueneBundestag

bsky.app/profile/gruene-bundestag.de

[linkedin.com/company/fraktion-b-ndnis-](https://linkedin.com/company/fraktion-b-ndnis-90-die-gr-nen-im-deutschen-bundestag)

[90-die-gr-nen-im-deutschen-bundestag](https://linkedin.com/company/fraktion-b-ndnis-90-die-gr-nen-im-deutschen-bundestag)

Uns geht's ums Ganze